

© **Schwerpunkt »Agrarindustrie und Bäuerlichkeit«**

Raus aus der Wettbewerbsfalle!

Mehr Versorgungssouveränität durch bäuerliche Landwirtschaft – ein Plädoyer

von Michael Beleites

Die Abschaffung der bäuerlichen Landwirtschaft und die Etablierung industrieller Methoden bei Landbewirtschaftung und Tierhaltung sind seit Jahrzehnten die Leitlinien der Agrarpolitik in Ost- wie Westdeutschland. Im Osten ist dieser Konzentrationsprozess durch die zu DDR-Zeiten unter Zwang und Gewalt herbeigeführten Änderungen bereits fortgeschrittener als im Westen. Die einseitige Orientierung an der Wettbewerbslogik und die Ausrichtung der Subventionspolitik zugunsten immer größer werdender Betriebseinheiten führen jedoch ökologisch, sozial wie auch gesamtgesellschaftlich in die Irre. Darauf deuten zahlreiche Indikatoren hin. Was aber müssten die Eckpunkte eines neuen agrarwirtschaftlichen und -kulturellen Systems sein? – Der Autor plädiert für den Erhalt und die Wiederbelebung der bäuerlichen Landwirtschaft als grundlegende Überlebensstrategie – auch und gerade für die Versorgung zunehmend urban geprägter Industriegesellschaften.

Die DDR werde den Westen »überholen ohne einzuholen«. So hatte es der SED-Chef Walter Ulbricht in der 1960er-Jahren verkündet. Niemand wusste allerdings, was er damit genau meinte. Nach der deutschen Wiedervereinigung rieben sich manche der alten LPG-Funktionäre die Augen. Ihre nach der Zwangskollektivierung von 1960 errichteten Großbetriebe von 3.000 bis 5.000 Hektar standen auf der Gewinnerseite. Unmittelbar nach dem Beitritt der ostdeutschen Bundesländer zur Bundesrepublik – und damit zur EU – wurde das System der EU-Agrarsubventionen verändert. Was bisher zählte, war die Menge der Produkte, was ja bekanntermaßen zu Überschüssen geführt hatte. Was nun zählte, war die Fläche. Die EU-Agrarreform von 1992 sorgte dafür, dass seither die Höhe der Subventionen an die Größe des Betriebes gekoppelt ist. Politik nach dem Prinzip: »Wer hat, dem wird gegeben.«

War die DDR dem Westen voraus?

Damals wie heute zeigt sich, dass die im Westen ausge-rufene Parole vom »Wachsen oder Weichen« der Bauernhöfe genau auf dasselbe Ziel ausgerichtet ist, wie die in der DDR unter Zwang und Gewalt herbeigeführte Großflächenwirtschaft mit Massentierhaltung. Hier wie dort geht bzw. ging es um eine Konzentration der Landwirtschaft: Um die Abschaffung der Bauernschaft als Basis der Gesellschaft und die Etablierung

einer industriellen Landwirtschaft mit – relativ wenigen – abhängig Beschäftigten. Den Kommunisten ging es um eine Umwandlung der freien Bauern in abhängige Landarbeiter, d. h. um eine Proletarisierung der Landbevölkerung. Den Kapitalisten geht es um eine Industrialisierung der Gesamtgesellschaft, d. h. offenbar ebenfalls um die Ausschaltung vom System unabhängiger – weil auch zur Selbstversorgung fähiger – Einheiten.

In Ostdeutschland hat auch noch 25 Jahre nach dem Ende der DDR das vom SED-Regime geschaffene Bild Bestand: Riesige Ackerflächen, ganz wenig in der Landwirtschaft beschäftigte Menschen. Noch immer haben junge Menschen kaum Chancen für bäuerliche Unternehmensgründungen. Seit die Flächensubventionen eingeführt wurden, ist eine sog. Bodensperre eingetreten: Jeder Betrieb hält an jedem Hektar fest – egal, wie weit er von der Hofstelle entfernt liegt. Die Flächenverteilung ist so gut wie eingefroren. Das bedeutet, die allmähliche Angleichung der Agrarstrukturen im wiedervereinigten Deutschland geschieht seit nunmehr 20 Jahren nur in der Weise, dass sich der Westen an den Osten annähert.

Wozu ein Leitbild?

»Wir haben es satt!« – So lautet die Parole, mit der immer mehr Menschen gegen die immer weiter fort-

schreitenden Konzentrationsprozesse in der Landwirtschaft, die Nivellierung der Landschaften, die Mas-sentierhaltung, das ganze agrarindustrielle System protestieren. Auf Dauer reicht es aber nicht, kund-zutun, was wir nicht wollen. Wir müssen uns klar ma-chen, was wir wollen! Und wir müssen uns bewusst machen, warum wir es wollen.

Landwirtschaft – und zwar in ihrer bäuerlichen Form – ist und bleibt in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht das Fundament jeder jenseits der Jäger-und-Sammler-Kultur stehenden menschlichen Gesellschaft. Auch die moderne Industriegesellschaft ist in ihrer sozialen und humanökologischen Verfassung ein Bestandteil der Ackerbaukultur. Eine Kultur, die ihre tragenden Fundamente vernachlässigt, verleugnet bzw. aktiv bekämpft, ist suizidal verfasst. Seit dem Eintritt in die Ackerbaukultur vor rund 10.000 Jahren ist die bäuerliche Familienwirtschaft die tragende Schicht der Kulturentwicklung gewesen. Bis zur industriellen Revolution waren über 80 Prozent der Bevölkerung Bauern. Weltweit sind noch heute 38 Prozent der Erwerbsbevölkerung in der Landwirt-schaft beschäftigt (in Fernost und Afrika über 50 Pro-zent) – nur in den Industrieländern sind es unter drei Prozent. Hieraus ergeben sich grundlegende Fragen:

- Ist das Absinken des landwirtschaftlich beschäftigten Bevölkerungsanteils ein Kriterium für Fortschritt?
- Bis wohin soll bzw. kann dieser Trend noch führen?

Wenn Agrarpolitik nicht nur reagierend, sondern auch agierend sein will, muss sie diese Fragen klären.

Um eine wahre »Agrarwende« anzubahnen, d. h. jenseits des bisherigen Trends einen politischen Gestaltungsraum zu öffnen, benötigen wir eine höhere Wertschätzung der harten, aber erfüllenden und naturverbundenen Arbeit der Bauern und eine Überwin-dung der Entfremdung zwischen Stadt und Land. Auch wenn man den globalen Trend zur Chemisierung und Industrialisierung als einen Irrweg betrachtet, kann man die Landwirtschaft nach vorn entwickeln. Logischerweise kommt man nur voran, wenn man zu- vor ein paar Schritte zurückgeht, um aus der Sackgasse raus zu kommen – und dann das Neue auf dem Boden einer erprobten Tradition aufbaut. Ein landwirtschaftliches Selbstverständnis, das alle traditionellen bäuerlichen Werte und Kulturtechniken hinter sich abge-schnitten hat, kann nicht der Ausgangspunkt für zu-kunftsfähige Entwicklungen sein.

Ein Dilemma der heutigen Lage muss dabei offen ausgesprochen werden: Je mehr ein Landwirt die Anfor-derungen einer zukunftsfähigen Landbewirtschaftung zum Maßstab seines Unternehmens macht, desto we-niger »wettbewerbsfähig« ist er im agrarwirtschaftlichen System. Man wird bei den Landwirten keine Akzep-

tanz für langfristig ökologisch und sozial verträgliche Bewirtschaftungsformen finden, wenn diese unter den gegebenen Verhältnissen ihre Protagonisten in den wirt-schaftlichen Ruin führen. Die Adressaten für die For-derung nach einer radikalen Agrarwende können heute nicht die Landwirte sein. Es muss vielmehr darum ge-hen, geeignete Rahmenbedingungen zu entwickeln, die es für den Landwirt attraktiv machen, sich in die Bewe-gung für eine dauerhaft gesunde Landbewirtschaftung hineinzustellen. Und die dafür erforderlichen Rah-menbedingungen sind nicht die des heutigen Systems.

Wohin sollte eine Agrarwende führen?

Was müssten die Eckpunkte eines neuen agrarwirt-schaftlichen Systems sein? Woran soll sich eine öko-logische Agrarpolitik orientieren? Die originären Ziele der ökologischen Bewegungen bestehen in der Über-windung von allem, was strukturell die Lebensgrund-lagen der Menschheit gefährdet oder zerstört. Ins-besondere ging es um die Erlangung einer von den Institutionen der Zerstörung unabhängigen Position. Rudolf Bahro schrieb dazu in seinem Buch *Logik der Rettung*: »Ich denke, wir sollen dem Selbstlauf der Zivilisation, die sich als eben nicht von einer Unsicht-baren Hand zum Guten geführt herausstellt, mit einer neuen Idee begegnen.«¹ Den Kern einer solchen Idee sah Bahro in dem Gaia-Konzept: »Es bedeutet, der Mensch muß sich statt nur mit seinem Ich mit der gan-zen belebten Erde identifizieren und von dorthier den-ken.«² Angesichts der Tatsache, »dass eine Politik, die die Großchemie usw. wegräumt, den Job als den Zu-gang zum Lebensunterhalt mit wegräumt«, meinte Bahro, dass ökologische Konzepte vonnöten seien, die die Menschen von solchen Jobs unabhängig machen: »Wollen wir anfangen, eine selbstversorgerische Ge-sellschaft jenseits der Jobs bei der BASF und des EG-Agrarmarkts aufzubauen – und zwar als Hauptrich-tung, dies unser positives Projekt! – oder nicht?«³

In der Tat: Eine von den eigennützigen Interessen der Großindustrie und den destruktiven Regeln der Finanzmärkte unabhängige Position erlangt man nur durch eine Stärkung des Subsistenzvermögens auf allen Ebenen. Da ist eine *Ernährungsautonomie* min-destens ebenso wichtig wie eine *Energieautonomie*. Im Grunde gehören beide zusammen! Der Fachbegriff hierfür heißt *Versorgungssouveränität*. Und diese lässt sich nur im Zusammenhang mit einer Wiederbele-bung bäuerlicher Landwirtschaft verwirklichen! Dies sollte als ein Leitgedanke über ökologisch orientierten agrarpolitischen Initiativen stehen. Diejenige gesell-schaftliche Gruppe, die seit jeher über das größte Maß an Unabhängigkeit gegenüber Geldwerten und allen daran geknüpften Zwängen verfügt, sind bzw. waren die freien Bauern.

Der Physiker und Philosoph Peter Kafka schrieb: »Unsere Welt ist krank. [...] Eine kleine, irgendwo in uns versteckte Fehlinformation hat uns vergessen lassen, daß Organe Teile eines Ganzen sind und diesem auch dienen müssen. [...] Der Stoffwechsel unserer Wirtschaft hat sich grenzenlos ausgedehnt, und so verdrängen wir nun immer mehr andere Organe der lebendigen Erde. Die Tumoranalogie ist frappierend.«⁴ Kafka hatte völlig Recht, wenn er meinte: »Die Entwurzelten trauen sich selbst keine Rettung zu.«⁵ Was ist also zu tun, um der allgemeinen Entwurzelung entgegenzutreten?

Vielleicht ist es ja hilfreich, menschliche Gesellschaften im Sinne eines Organismus zu verstehen? Solange man die verschiedenen Funktionen, Berufe und Interessengruppen einer Gesellschaft nur so auffasst, als würden sie untereinander im Wettbewerb stehen, kann man keine Politik entwickeln, die dem Allgemeinwohl dient. Der Philosoph Klaus Michael Meyer-Abich trifft den Kern des Problems, indem er darauf hinweist, dass das Allgemeininteresse etwas völlig anderes ist, als die Summe der Einzelinteressen.⁶ Gewiss, niemand weiß genau, was »die Allgemeininteressen« wirklich sind. Es ist aber absolut destruktiv, mit diesem Argument jegliche soziale und ökologische Verantwortung auszuhebeln und allerorten die Gewinne zu privatisieren und die Verluste zu sozialisieren. Man weiß inzwischen sehr genau, was externe Kosten bzw. Folgekosten sind und welche Eigeninteressen zu Lasten der Allgemeinheit gehen.

Bei aller Unsicherheit von Zukunftsprognosen ist doch eines gewiss: Irgendwann zählt nicht mehr der Mehrwert an der Börse, sondern der Nährwert auf dem Teller. Wenn eines Tages der Ölpreis explodiert und die Transportkosten ins Unermessliche steigen, dann wird es darum gehen, das Selbstversorgungsvermögen der Regionen zu stärken. Und dafür braucht man eine breite bäuerliche Basis. Man kann aber den Berufsstand der freien Bauern nicht per Erlass von heute auf morgen neu bilden. Denn dieser war immer in die Traditionslinien einer bäuerlichen Lebenspraxis eingebunden, die nun vielerorts abgeschnitten sind. Wir brauchen also eine Agrarpolitik, die ein Fernziel hat! Dieses Fernziel muss konsequent von den Allgemeininteressen einer Gesellschaft bestimmt sein, die auf Dauer in einem organischen Miteinander mit der Natur der Erde lebensfähig ist.

Postwachstumsökonomie als Wegweiser

Auch wenn sich viele der im ersten Bericht an den Club of Rome über *Die Grenzen des Wachstums*⁷ genannten Prophezeiungen – zum Glück – nicht bewahrheitet haben, gibt doch die ökologische Bilanz des Industriealters keineswegs zu irgendeiner Entwarnung Anlass. Trotz der erstaunlichen Regenerationsfähigkeiten

der Natur muss man es als eine naturgesetzliche Tatsache akzeptieren, dass es in einer endlichen Welt nicht auf Dauer eine auf unbegrenztes Wachstum gestützte Wirtschaftsentwicklung geben kann.

Daher kann man nicht länger auf die Illusion von »nachhaltigem Wachstum« setzen, sondern man muss ernsthaft ein Wirtschaftssystem konzipieren, das nicht auf Wirtschaftswachstum angewiesen ist. Und ein solches Konzept gibt es bereits: Es ist die in den letzten Jahren unter Federführung des Ökonomen Niko Paech entwickelte *Postwachstumsökonomie*, also eine Ökonomie, die *nach* der Wachstumsökonomie kommen muss.⁸ Dieses Konzept zeigt einen Weg auf, wie eine gesellschaftliche Entwicklung möglich ist, die ohne ein weiteres Wachstum der in Geld gemessenen Wertschöpfung auskommt. An diesem Ziel kann und muss sich meines Erachtens auch eine ökologisch orientierte Agrarwende ausrichten.

Eine Agrarentwicklung, die sich an der Idee der Postwachstumsökonomie orientiert, sollte die folgenden vier Ziele im Auge haben:

1. Externe Kosten minimieren; d. h. die Folgekosten auf die Verursacher umlegen.
2. Chemie vom Acker verbannen; also ökologische Landbewirtschaftung auf der Gesamtfläche erreichen.
3. Stabile und krisenfeste Einheiten etablieren; was heißt, ein vielfältiges Mosaik verschiedenartiger Betriebsformen und Betriebsgrößen wieder aufleben lassen, in dem die kleineren Betriebe über mindestens zwei Drittel der Gesamtfläche verfügen.
4. Reale Preise für gute Nahrungsmittel; was wohl in letzter Konsequenz bedeutet, die Ära der Agrarsubventionen zu beenden.

Die Allgemeininteressen zum Maßstab machen

Das zentrale Kennzeichen der heutigen Fehlentwicklungen ist die Ausblendung der Allgemeininteressen zugunsten von Einzelinteressen einer einflussreichen Minderheit. Letztlich sind die Folgekosten des agrarischen Raubbaues von der Allgemeinheit zu tragen, so z. B.

- die Strukturentwicklungsbeihilfen für die ländlichen Räume, die ihre Infrastruktur (einschließlich allgemeinärztlicher Grundversorgung) nicht mehr aus eigener Kraft entwickeln und erhalten können;
- die Sozialhilfen für eine Landbevölkerung, die sich nicht selbst versorgen kann;
- das Fernwassernetz zur zentralisierten Trinkwasserversorgung, das wegen der flächendeckenden Brunnenvergiftung durch Nitrat und Pestizide erforderlich wurde oder
- die Behandlungskosten für Zivilisationskrankheiten, die durch minderwertige Nahrungsmittel und durch

Bewegungsmangel (auch der beschäftigungslosen fremdversorgten Landbevölkerung) bewirkt werden.

Kann man die Landwirtschaft nicht rein ökonomisch als einen Wirtschaftszweig unter anderen betrachten und entsprechend behandeln? Die in der Nachkriegszeit wiedereingeführten Agrarsubventionen dienten offenkundig dem Ziel, die Nahrungsmittel zu verbilligen, damit die Bevölkerung mehr Industrieprodukte kauft – und so das Wirtschaftswachstum (mit seinem wachsenden Naturverbrauch) in Schwung bringt. Insofern hätte es vielleicht die Wertminderung der Agrarprodukte und die ökologische Krise der Industriegesellschaft gedämpft, wenn man auf eine Subventionierung der Landwirtschaft verzichtet hätte.⁹

Dennoch spricht vieles dafür, den Fragen der Landwirtschaft eine besondere Aufmerksamkeit zu schen-

Das Gärtnerhof-Konzept als Modell für Kleinbetriebe

Nahezu dasselbe, was Felix zu Löwenstein zunächst im Blick auf die Entwicklungsländer als Ökologische Intensivierung bezeichnet, hatte der Worsweder Gartenarchitekt Max Karl Schwarz bereits für deutsche Verhältnisse konzipiert und 1933 »Intensiviedler« bzw. 1946/47 »Gärtnerhof« genannt.¹⁰ Schwarz bezeichnete den Gärtnerhof als einen »Kleinbetrieb, der in intensivster und vielseitigster Wirtschaftsweise Gemüse- und Obstbau betreibt, Groß- und Kleinvieh hält, die volle Selbstversorgung der auf ihm Arbeitenden sichert und nachhaltig große Marktleistungen erzielt«.

Die Grundidee des Gärtnerhof-Konzepts war eine Kombination aus Gärtnerei und Kleinbauernhof auf einer Fläche von zwei bis fünf Hektar. Im Unterschied zu Kleinbauernwirtschaften sollte die gärtnerische Komponente (der intensive Anbau von Gemüse, Obst, Kräutern) den finanziellen Ertrag des Hofes und den Selbstversorgungsgrad seiner Bewohner deutlich steigern. Und im Kontrast zu herkömmlichen Gärtnereien sollte die landwirtschaftliche Komponente für einen ausgewogenen »Hoforganismus« im Sinne einer ökologischen Kreislaufwirtschaft sorgen. Dabei wurde eine Eigenversorgung mit organischem Dünger auf der Basis von kompostiertem Kuhmist angestrebt. Für die Haltung von ein bis zwei Kühen galten zugleich ein nennenswerter Grünlandanteil an der Nutzfläche und ein ausreichender Getreideanteil (auch für eigenes Stroh als Einstreu) in der Fruchtfolge als Voraussetzung. Im Blick auf eine wirtschaftliche und ökologische Optimierung kleiner Höfe kann das Gärtnerhof-Konzept auch heute wichtige Orientierungen bieten. Auch das Permakultur-Konzept bietet hier wesentliche Ansätze, wengleich es einen treffenderen Namen verdient.¹¹

ken. Diese sollte aber nicht darin bestehen, das landwirtschaftliche Geschehen an die Erfordernisse einer sich rasch verändernden Industrie anzupassen. Es muss vielmehr darum gehen, die Bodennutzung zur Nahrungsgewinnung als die Primärproduktion anzusehen, der auch das Primat zugesprochen werden muss, wenn es darum geht, welche Wirtschaft sich nach welcher zu richten hat. Und wenn wir Landwirtschaft als die Basiswirtschaft der menschlichen Gesellschaft verstehen wollen, dann muss sie selber auf Dauer so funktionieren (können), dass sie keine externen Folgekosten verursacht.

Den Strukturfragen Vorrang geben

Es bleibt festzustellen: »Konventionelle« bäuerliche Betriebe (die Mineraldünger und chemische Pflanzenschutzmittel einsetzen) arbeiten oft extrem unökologisch. Aber sie haben die strukturellen Voraussetzungen dafür, binnen kurzer Zeit in eine ökologische Kreislaufwirtschaft umgewandelt zu werden. Agrarindustrielle Großbetriebe, auch solche, die auf Chemikalieneinsatz verzichten und somit als »Ökobetriebe« fungieren, haben nicht die strukturellen Voraussetzungen dafür, in eine wirkliche ökologische Kreislaufwirtschaft umgewandelt zu werden. Angesichts der aktuellen Lage halte ich es für angemessen, das Kriterium »bäuerlich« höher zu gewichten als das Kriterium »ökologisch«.

Über das ökologische Argument hinaus sprechen auch eine Reihe anderer Gründe für mehr kleine Betriebe. Der Greifswalder Geograph Helmut Klüter hat die Wertschöpfung der Landwirtschaft in Nordostdeutschland (Berlin, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern) mit jener in Nordrhein-Westfalen verglichen: »Mit 2,702 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung erzeugte die nordostdeutsche Landwirtschaft weniger als die des westlichen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. [...] Seine landwirtschaftliche Nutzfläche ist mit 1,463 Millionen Hektar um mehr als die Hälfte kleiner, die EU-Subventionen fielen mit 623 Millionen Euro um mehr als die Hälfte niedriger als die nordostdeutschen aus, und dennoch wurde 2010 mit 2,739 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung (BWS) in der Landwirtschaft mehr erzeugt als im gesamten Nordosten. Damit ist die Flächenproduktivität (BWS je ha) in Nordrhein-Westfalen mit 1.872 Euro 2,6 mal größer als im Nordosten Deutschlands (700,50 Euro). Das nordostdeutsche Ergebnis wird dabei zu 53 Prozent von der EU subventioniert, das nordrhein-westfälische zu 22,7 Prozent. 20 Jahre nach der Wende ist diese Produktivitätsdifferenz erstaunlich. [...] die Personalintensität pro 100 ha LNF [ist] mit 8,8 Personen mehr als dreimal höher als im Nordosten, der im Schnitt nur auf 2,6 kommt. [...]

Eng verbunden mit diesem Faktor ist die Betriebsgröße. Im Durchschnitt bewirtschaftet ein nordostdeutscher Agrarbetrieb über 259 ha, ein nordrhein-westfälischer nur 41 ha. Anders ausgedrückt: Großbetriebe mit mehr als 200 ha verfügen in Nordostdeutschland über 88 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, in Nordrhein-Westfalen über 7,4 Prozent.«¹²

Anhand dieser Zahlen zeigt sich deutlich, dass auch aus wirtschaftlicher Perspektive eine agrarpolitische »Neutralität« bezüglich der Betriebsgrößen fehl am Platz ist (und eine Begünstigung von Großbetrieben dem betreffenden Land wirtschaftlichen Schaden zufügt), jedenfalls solange die Großbetriebe über mehr als 50 Prozent der Fläche verfügen. Hinzu kommt die von Klüter angemahte »Kompatibilität von Tourismus und Landwirtschaft«.¹³ Großviehanlagen und agrarindustrielle Strukturen sind nun mal nicht mit einer Entwicklung des Tourismus vereinbar.

Im Blick auf eine nachhaltige und ökologische Nahrungsmittelversorgung der Weltbevölkerung hält Felix zu Löwenstein eine Landnutzungsform für erforderlich, »die natürliche Regelmechanismen und die vorhandenen natürlichen Ressourcen geschickt nutzt, um in hoher Arbeitseffizienz stabile und möglichst hohe Erträge zu erwirtschaften. Und die deshalb mit einem Minimum an Betriebsmitteln auskommt, die von außen hinzugekauft werden müssen, und die ohne den Einsatz naturfremder Stoffe und Organismen arbeiten kann.«¹⁴ Es gehe dabei um »Frauen und Männer, die auf kleiner und kleinster Fläche versuchen, ihre eigene Existenz zu sichern. Und die es schaffen müssen, neben einer durch das ganze Jahr hindurch funktionierenden Selbstversorgung, Märkte zu beliefern.« Den Weg hin zu solchen Betriebsformen bezeichnet zu Löwenstein als »Ökologische Intensivierung«.

Aus dem Verdrängungswettbewerb aussteigen!

Die bäuerliche Lebensform besteht aus einem Zusammenhang von Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, gemeinnütziger Arbeit und Erholung in einem selbst gestaltbaren Lebensumfeld. Mit diesem *bäuerlichen Prinzip* wird der Zusammenhang von Wohn- und Arbeitsort, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Zusammenhalt der Generationen, ein hohes Selbstversorgungspotenzial sowie eine zeitlich und räumlich über den Hofalltag hinausreichende Verantwortung gewährleistet. Es ist ein Lebens- und Arbeitsmodell, das individuelle Freiheit mit einer Begrenzung und Einordnung in die Naturzusammenhänge einer endlichen Welt organisch verbindet.

Diese für die Bauernfamilien wie für die Gesellschaft gleichermaßen nützliche Lebens- und Arbeitsform wird heute erstickt: Wo außer Geld keine anderen Werte zählen, wird allein der Sektor der Erwerbsarbeit

honoriert – und in den Wettbewerb gestellt. Das Wettbewerbssystem führt zwangsläufig dazu, dass diejenigen gewinnen, bei denen der Bereich der Erwerbsarbeit nahezu 100 Prozent ausmacht, also die anderen Arbeits- und Lebensbereiche weitgehend erdrückt. Je mehr ein Betrieb den Aspekt der Erwerbsarbeit zurückfährt, um den anderen Bereichen Raum zu geben, desto eher wird er zum Verlierer in diesem System. Wer mit viel Fläche und wenigen Arbeitskräften wirtschaftet, wer viele Tiere auf engem Raum hält, wer auf Kosten der Natur, des Grundwassers und der Qualität seiner Produkte die Erträge steigert, wer wegen der Flächensubventionen die Neueinrichtung kleiner Betriebe blockiert – verhält sich systemkonform, ist aber nicht Urheber dieser Verhältnisse.

In den oppositionellen Gruppen in der DDR der 1980er-Jahre habe ich gelernt, dass es nichts bringt, diejenigen zu kritisieren, die sich systemkonform verhalten – wenn man nicht das System selber zur Debatte stellt. Nun ist die heutige Situation eine andere als damals. Aber auch heute müssen wir damit rechnen, dass sich viele Menschen so oder so verhalten, weil sie Teil eines gesellschaftlichen Systems sind – und nicht, weil sie sich das in völliger Entscheidungsfreiheit selbst ausgedacht haben. Mit dem heutigen System meine ich nicht allein die derzeitige Agrarpolitik, die nur ein Teil davon ist. Ich meine insbesondere die aus einer falsch verstandenen Biologie (Selektionslehre) in die Ökonomie übertragene und von dort aus in alle Gesellschaftsbereiche eingedrungene Wettbewerbslogik.¹⁵ Im Idealfall ist eine Gesellschaft nämlich wie ein Organismus verfasst, dessen »Organe« zum gegenseitigen Vorteil und zum Wohle des Ganzen zusammenarbeiten – und nicht danach trachten, sich gegenseitig zu verdrängen.

Es bringt nichts, wenn wir uns in einen Kampf von Landwirten gegen Landwirte hineinstellen lassen. Diesen Kampf werden unter den heutigen Bedingungen die kleineren Betriebe früher verlieren als die größeren, aber am Ende werden wir ihn alle verlieren: nämlich die gesamte Landwirtschaft. Auch unter denen, die von dem heutigen System profitieren, gibt es Menschen, die wache Sinne für dieses gewissermaßen darüber stehende Problem haben. Auch dort können wir Verbündete finden. Die Zukunft liegt nicht im Verdrängungswettbewerb, sondern in einer Kooperation, die das Ganze im Blick hat. So sehr die Frage der Gerechtigkeit innerhalb des bestehenden Systems drängt; ich glaube, wir dürfen uns von der Fülle der systemimmanenten Probleme nicht davon abhalten lassen, auch über dieses System hinaus zu denken: So sehr das Wachsen-oder-Weichen-System auch in unseren Alltag hinein reicht, lasst uns aus der Logik des Verdrängungswettbewerbs heraushalten! Es geht nicht darum, auf Kosten anderer schneller und größer zu werden. Es geht vielmehr darum, aus diesem besinnungslosen Be-

schleunigungswettkampf auszusteigen und sich vom Denkmuster eines allgemeinen »Kampfes um's Dasein« zu lösen.

Um das kooperative Denken zu befördern, gehört die heute alles beherrschende Wettbewerbslogik auf den Prüfstand. Wenn es uns nicht nur um unsere Position innerhalb des Wettrennens in diesem Hamster-Rad geht, müssen wir über Rahmenbedingungen sprechen, in die sich eine bäuerliche Landwirtschaft zum Wohle aller »organismisch« integrieren kann; also über Verhältnisse, in die wir uns einordnen können und wollen. Ob wir an die Debatten über einen *Dritten Weg* aus den 1980er-Jahren anknüpfen oder nicht; wir müssen – wie damals – unabhängig von dem, was gerade machbar erscheint, darüber sprechen, was eigentlich nötig ist, welche Verhältnisse nötig sind. Hier sollten wir gemeinsam einen tabufreien Diskurs in offenen Gesprächsräumen finden. Und es sollte jeder Einzelne überlegen, auf welchem Gebiet er dazu eigene Impulse einbringen kann.

Wir müssen uns die Instrumente anschauen, mit denen der Prozess des »Wachsen oder Weichen« angeheizt wird. Diese müssen wir erkennen und konsequent ablehnen. Und wir müssen selber Konzepte für andere Instrumente entwickeln. Was den Verdrängungswettbewerb unter den Bauern extrem verschärft, sind die Flächensubventionen, also die Koppelung der »Direktzahlungen« an die Fläche. Die Prämierung von Größe führt auf direktem Wege zur Konzentration der Agrarstruktur. Diese Methode braucht keinen Polizeistaat, weil sich unter diesen Verhältnissen die Bauern gegenseitig den Boden wegnehmen – solange bis nur noch wenige Großbetriebe übrig sind. Wer glaubwürdig die Sache der bäuerlichen Landwirtschaft vertreten will, muss meiner Meinung nach ohne Wenn und Aber die Flächenkoppelung der »Direktzahlungen« ablehnen!

Bewahren und erneuern

Auch dort, wo es kaum noch wirkliche Bauern gibt, existiert oft noch die Basis für eine bäuerliche Infrastruktur! Die Bauernhöfe mitsamt ihren Wirtschaftsgebäuden und dem dazugehörigen Bodeneigentum an Feldern, Wiesen und Gehölzen sind in den meisten Regionen Deutschlands noch weitgehend erhalten. Und dieses noch weitgehend aus dem 19. Jahrhundert überkommene Erbe einer bäuerlichen Bausubstanz und einer bäuerlichen Eigentumsstruktur des Bodens gilt es, als eine große Chance zu begreifen! Wenn es uns ernst ist mit dem ökologischen Leitgedanken einer Umkehr aus der Wachstumsbeschleunigungsökonomie hin zu Verhältnissen, die mit den Umrissen einer Postwachstumsökonomie weitgehend vereinbar sind – dann gilt es, zunächst das zu retten, was an begünstigenden

Umständen noch da ist. Und die Reste der bäuerlichen Infrastruktur spielen dabei eine wichtige Rolle.

Was wir darüber hinaus brauchen, ist eine Wiederbelebung der derzeit toten bäuerlichen Infrastruktur mit Menschen, die eine bäuerliche Wirtschaft führen können und wollen. Die möglichen Wege zu diesem Ziel sind vielfältig. Manches wird sich erst Schritt für Schritt klären – jedenfalls solange man in die richtige Richtung geht.¹⁶

Anmerkungen

- 1 Rudolf Bahro: Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten? Ein Versuch über die Grundlagen ökologischer Politik. Berlin 1990, S. 203.
- 2 Ebd.
- 3 Ebd., S. 390.
- 4 Peter Kafka: Das Grundgesetz vom Aufstieg. Vielfalt, Gemächlichkeit, Selbstorganisation: Wege zum wirklichen Fortschritt. München und Wien 1989, S. 7 f.
- 5 Ebd., S. 20.
- 6 Klaus Michael Meyer-Abich: Praktische Naturphilosophie. München 1997, S. 438.
- 7 Dennis und Donella Meadows: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart 1972.
- 8 Vgl. hierzu Niko Paech: Grundzüge einer Postwachstumsökonomie (2009) (www.postwachstumssoekonomie.org/html/paech_grundzuge_einer_postwach.html) sowie grundlegend ders.: Befreiung vom Überfluss: auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München 2012.
- 9 Zum Subventionsunwesen lesenswert nach wie vor Hermann Priebe: Die subventionierte Unvernunft. Landwirtschaft und Naturhaushalt. Berlin 1985.
- 10 Vgl. Max Karl Schwarz: Ein Weg zum praktischen Siedeln. Düsseldorf 1933. – Michael Beleites: Ein Impuls für die Kulturlandschaft? Das Gärtnerhof-Konzept aus der Naturschutzperspektive. In: Natur und Landschaft 8/2006, S. 400–407.
- 11 Kulturpflanzen und Kulturlflächen sind grundsätzlich nicht ökologisch permanent. Insoweit ist »permanente Kultur« im ökologischen Kontext so etwas wie ein gebratener Schneeball.
- 12 Helmut Klüter: Zur Entwicklung der Landwirtschaft in Brandenburg. In: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag (Hrsg.): Umbrüche auf märkischem Sand. Brandenburgs Landwirtschaft im Wandel der Zeit – Entwicklungen, Risiken, Perspektiven. München 2011, S. 55–64.
- 13 Ebd.
- 14 Felix zu Löwenstein: Food Crash. Wir werden uns ökologisch ernähren oder gar nicht mehr. München 2011. S. 169 f.
- 15 Vgl. hierzu Michael Beleites: Umweltresonanz. Grundzüge einer organismischen Biologie. Treuenbrietzen 2014.
- 16 Zum Ganzen dieses Beitrags siehe vertiefend auch mein Buch: Leitbild Schweiz oder Kasachstan? Zur Entwicklung der ländlichen Räume in Sachsen – Eine Denkschrift zur Agrarpolitik. Hamm 2012.



Michael Beleites

Studierter Landwirt und ein Akteur der Umweltbewegung in der DDR

Kirchweg 2, 01723 Blankenstein
E-Mail: michael.beleites@web.de